

# Parolen zur Abstimmung vom 8. März 2026

## Eidgenössische Vorlagen

**1. Volksinitiative „Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen und Banknoten (Bargeld ist Freiheit)“**

**NEIN**

Die Initiative will mit zwei neuen Verfassungsbestimmungen sicherstellen, dass erstens Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen und zweitens der Schweizer Franken nur mit Zustimmung von Volk und Ständen durch eine andere Währung ersetzt werden darf. Die FDP.Die Liberalen wie Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab, weil sie ungeeignete Formulierungen verwendet.

**Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung**

**JA**

Der Gegenentwurf Bundesbeschluss will dasselbe erzielen, indem zwei bestehende Gesetzesbestimmungen in die Verfassung aufgenommen werden. Diese besagen, dass die SNB die Bargeldversorgung gewährleistet und dass die schweizerische Währung der Franken ist. Die FDP.Die Liberalen unterstützen den pragmatischen Gegenentwurf des Bundesrats. Er ist rechtlich eindeutig formuliert und in der Praxis gut umsetzbar.

Die Stichfrage entscheidet darüber, welche Vorlage bei einer Annahme bevorzugt wird.

**2. Volksinitiative „200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)“**

**NEIN**

Bis 2029 will der Bundesrat für Privathaushalte die Gebühr für die Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) von 335 Franken auf 300 Franken pro Jahr senken. Die SRG muss schon jetzt sparen und sich künftig auf die Bereiche Information, Kultur und Bildung fokussieren.

Die Initiative will die SRG-Gebühr für Privathaushalte noch stärker auf 200 Franken pro Jahr senken und alle Unternehmen von der Abgabepflicht befreien, die Mittel der SRG würden hiermit halbiert. Die FDP.Die Liberalen wie auch Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative klar ab, sie geht zu weit und würde den Kahlschlag der SRG bedeuten. Eine Annahme der Initiative würde den Verlust von rund drei Tausend Arbeitsplätzen und einen massiven Leistungsabbau der SRG, vor allem bei den regionalen Berichterstattungen nach sich ziehen. Denn rund 40 Prozent der SRG-Kosten entstehen durch die Viersprachigkeit der Schweiz, ein zentraler Bereich des Service Public – Auftrags der SRG. Der professionelle Journalismus der SRG würde leiden, was der für unsere direkte Demokratie wichtigen unabhängigen Meinungsbildung und sachlichen Information in Krisenzeiten schaden würde.

**3. Volksinitiative „Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)“**

**NEIN**

Die Initiative fordert, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen in einen Klimafonds steckt. Bei einem BIP von 850 Milliarden Schweizer Franken wären das bis zu 8,5 Milliarden pro Jahr. Für die Schweizer Armee werden im Vergleich 0,7 Prozent des BIP eingesetzt.

Die FDP.Die Liberalen wie auch Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative entschieden ab. Sie ist unverantwortlich und unnötig: Mit dem Klimafonds würde eine massive Neuverschuldung entstehen. Bis 2050 wären das 200 Milliarden höhere Schulden, die nächste Generationen abzahlen müssten. Mittel würden in anderen wichtigen Bereichen, wie Sicherheit und Bildung fehlen, auch müssten die Steuern erhöht werden. Der Bund investiert 2 Milliarden pro Jahr in Klimaschutz und Förderung erneuerbarer Energien. Diese wirksame Klimapolitik würde untergraben, da der Klimafonds einseitig auf Subventionen setzt.

Für Fortsetzung bitte wenden!

**Ihre FDP Bergdietikon – Die Wirtschaft sind wir alle. Werden Sie Mitglied**

**Eidgenössische Vorlagen (Fortsetzung)**

**4. Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung**

**JA**

Derzeit werden verheiratete Paare steuerlich benachteiligt, da ihr Einkommen gemeinsam versteuert wird, was oft zu einer höheren Steuerlast führt. Diese Ungleichheit, die sog. Heiratsstrafe will die Einführung der Individualbesteuerung beseitigen. Sie soll sowohl für Bund wie auch für Kantone und Gemeinden gelten und bis spätestens 2032 in Kraft treten.

Die FDP.Die Liberalen befürworten diese längst fällige steuerliche Reform. Die Individualbesteuerung ist gerechter und zeitgemäss, sie stärkt die finanzielle Unabhängigkeit von Mann und Frau und baut steuerliche Hürden für die Erwerbstätigkeit ab. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, dass ein positiver Anreiz für die Arbeit geschaffen wird, was somit auch die Schweizer Wirtschaft stärkt. Der zusätzliche administrative Aufwand für getrennte Steuererklärungen lässt sich durch die fortschreitende Digitalisierung verringern.

**Kantonale Vorlagen**

**5. Aargauische Volksinitiative „Arbeit muss sich lohnen“**

**JA**

Die Initiative der jungen SVP will sicherstellen, dass Langzeitbezüger von Sozialhilfe (2 Jahre und mehr) einen Anreiz finden, sich rascher ins Erwerbsleben zu integrieren und die Steuerzahler zu entlasten: Sie sollen nach zwei Jahren 5% weniger Geld vom Staat erhalten, wenn sie nicht arbeiten. Der Kanton Basel-Land kennt diese Regelung seit 2022. Ausgenommen sind u.a. Kinder unter 18 Jahren, Personen, die zu mind. 70% arbeitsunfähig sind und Personen, die arbeiten, eine Ausbildung oder einen Kurs zur Integration in die Arbeitswelt absolvieren.

Die FDP.Die Liberalen Aargau sowie die Mehrheit des Grossen Rats unterstützen die Vorlage. Denn sie stärkt die Eigenverantwortung und schafft neue Perspektiven, indem sie Sozialhilfebezüger motivieren kann, zurück in die Arbeit zu finden und sie dabei begleitet.

**6. Aargauische Volksinitiative „Blitzerabzocke stoppen!“**

**JA**

Mit der Initiative fordern die Jungfreisinnigen, dass das Aufstellen von Blitzern primär der Verkehrssicherheit und nicht dem Füllen der Staatskasse dienen soll. Die Initiative fordert eine kantonale Bewilligungspflicht (Regierungsrat) für stationäre Geschwindigkeits- und Überwachungsanlagen, die alle drei Jahre erneuert werden soll. Für semistationäre Blitzer soll eine zeitliche Beschränkung von 72 Stunden gelten.

Die FDP.Die Liberalen Aargau sowie die Mehrheit des Grossen Rats und der Regierungsrat unterstützen die Initiative. Denn sie schafft klare Regeln für den Einsatz von stationären und semistationären Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungsanlagen. Die Umsetzung ist unbürokratisch und Mehrkosten für den Kanton und Gemeinden sind nicht zu erwarten.

**Save the Date**

**Frühlingsanlass der FDP Bergdietikon am  
Mittwoch, 29. April 2026 ab 18.00 Uhr**

Reservieren Sie schon jetzt den Abend für unseren spannenden öffentlichen Anlass. Programm und weitere Einzelheiten folgen auf der Homepage der Gemeinde Bergdietikon unter „Veranstaltungen“. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung.

Ihre FDP Bergdietikon,

Der Vorstand